

Leitanträge

Antrag: I02

Votum des LPT: einstimmig angenommen mit wenigen Enthaltungen

Resolution: Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West herstellen

Auch über zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Fokus der Rentenpolitik verstärkt auf die Situation heutiger und zukünftiger Renten-Empfänger im Westen gelegt. Aber insbesondere Erwerbsarbeit und Rentensituation haben sich in den beiden großen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich entwickelt. So überwiegen beispielsweise die Zeiten von Erwerbslosigkeit und Beschäftigung im Niedriglohnsektor im östlichen Teil Deutschlands noch viel stärker und auch die Renteneinkommen basieren vor allem auf Leistungen aus der GRV. Die erhoffte Angleichung von Löhnen und Gehältern auf der einen und Renten auf der anderen Seite in Ost und West ist (noch) nicht eingetreten. Seit Mitte der neunziger Jahre stagnieren die Arbeitseinkommen in Ostdeutschland bei rund 80 % der Arbeitseinkommen in Westdeutschland. Darüber hinaus ist es nicht gelungen, in Ostdeutschland die Quote der Tarifbindung Westdeutschlands auch nur annähernd zu erreichen. Das führt unter anderem dazu, dass betriebliche Sozialleistungen, zu denen auch Betriebsrentenzusagen gehören, in Ostdeutschland weiter deutlich hinter westdeutschem Niveau zurückbleiben. Ein sozialdemokratisches Rentenkonzept muss diesen Umständen Rechnung tragen und passgenaue Lösungen für ostdeutsche Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sowie Rentnerinnen und Rentner entwickeln.

- So muss die Ungleichbehandlung bei den Anrechnungszeiten für Kindererziehung aufgehoben und eine Angleichung vorgenommen werden. Es darf keinen rentenrechtlichen Unterschied darstellen, ob ein Kind in Bayern oder in Sachsen, in Hessen oder in Sachsen-Anhalt erzogen wird.

- Die Stärkung der Betriebsrente, wie sie im Rentenkonzept des PV vorgeschlagen wird, ist für Ostdeutschland aufgrund der beschriebenen Unternehmens-, Lohn- und Tarifstruktur unbefriedigend. Der wichtige Schritt einer gleichen Höhe der Solidarrente in Ost und West kompensiert die besondere Situation in Ostdeutschland nur unvollständig. Auch die Zahl von Verträgen der privaten Altersvorsorge ist in Ostdeutschland zu gering, um einen angemessenen Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner wirksam zu sichern. Um der

SPD Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2012	22./23. September Dresden
Leitanträge	
Antrag: I02	

- 37 besonderen Situation Ostdeutschlands Rechnung zu tragen, müssen die aktuellen
38 Rentenwerte in Ost und West bei gleichzeitiger Beibehaltung der unterschiedlichen
39 Entgeltpunkteberechnung (schrittweise) angeglichen werden.